



FAIRE HANDELSBEZIEHUNGEN

ENTWICKLUNGEN STÄRKEN

Handel und Austausch stellen eine der wichtigsten Säulen unserer liberalen, demokratischen und marktwirtschaftlichen Gesellschaft dar. Der Austausch von Waren, Wissen und Dienstleistungen stellt einen zentralen Punkt auch für politischen, gesellschaftlichen und Kulturellen Dialog und Austausch dar. Handel und Austausch sind aber nicht nur ein Grundstein kultureller Vielfalt und die Grundlage besseren gegenseitigen Verständnisses, sie ebnen vielmehr auch den Weg für Wachstum, Fortschritt und Wohlstand.

Damit durch Handel und Austausch diese positiven Wirkungen entfaltet werden können, ist es allerdings wichtig, dass möglichst freie und faire Spielregeln vorliegen, die alle beteiligten Player auf Augenhöhe sehen. Einseitige Handelsabkommen, die nur Vorteile auf einer Seite generieren, führen auf Dauer sogar zu gegenteiligen Effekten. Wenn Gesellschaften sich betrogen fühlen, entsteht Abneigung und im schlimmsten Fall Konflikte. Eine Handelspolitik, die auf fairen, wertorientierten und bi-, multi-, und plurilateralen Handel ausgelegt ist, stellt dabei aus Sicht der Freien Demokraten den besten Weg dar.





DESTRUKTIVE HANDELSBEZIEHUNGEN BEENDEN

FAIREN HANDEL BEGINNEN

Immer, wenn Handelsbeziehungen auf einseitigen Vorteilen beruhen, richten sie mehr Schaden als Nutzen an. Langfristig werden dadurch die benachteiligten Partner destabilisiert, Armut wird vergrößert und politische Extreme können gedeihen. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Agrarexporte der Europäischen Union in diverse Entwicklungsländer auf dem afrikanischen Kontinent. Durch die hoch subventionierten, enorm günstigen Agrarprodukte aus Europa werden landwirtschaftliche Strukturen vor Ort zerstört und ganze Wirtschaftszweige ihrer Grundlage beraubt. Der angerichtete Schaden muss dann durch aufwendige Entwicklungszusammenarbeit ausgeglichen werden. Wir sehen hier großen Bedarf zum Umdenken. Konkret fordern wir:

- ein stufenweises Auslaufen der innereuropäischen Agrarsubventionen durch staatliche Akteure bis spätestens 2035,
- den Abbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen, insbesondere im Agrarsektor in Handelsabkommen mit aufzunehmen, um einen realistischen Marktzugang in Europa für Entwicklungsländer zu schaffen,
- die Bereitschaft, auch zukünftig Freihandelsabkommen mit Entwicklungsländern zu schließen.
- In einigen Entwicklungsländern stellen Zolleinnahmen eine sehr bedeutende staatliche Einnahmequelle dar. Freihandelsabkommen mit strukturell armen Staaten müssen sensible Einnahmeausfälle in einer angemessenen Übergangsfrist kompensieren.

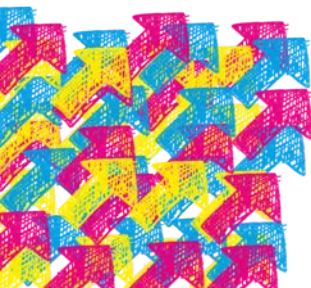


AUSTAUSCH VON WISSEN UND FREIZÜGIGKEIT

IST DIE BESTE ENTWICKLUNGSHILFE

Viele Jahrzehnte der monetären Entwicklungshilfe in Form von Direktzahlungen für Staaten müssen als gescheitert angesehen werden. Die Zahlung von finanziellen Mitteln hat immer wieder dazu geführt, dass Diktatoren, Autokraten und Warlords in ihren Machtstrukturen sogar noch gefestigt wurden und gleichzeitig das Feindbild der Westlichen Welt als Unterdrücker und Kolonialmacht aufrechterhalten wurde. Auch eine nachhaltige Verbesserung der Situation vor Ort ist die Ausnahme und nicht die Regel. Statt zukünftig weiter auf direkte Entwicklungshilfen für staatliche Strukturen zu setzen, sehen wir Chancen im Austausch von Wissen und Freizügigkeit sowie der Unterstützung von zivilen Projekten und Einrichtungen. Konkret fordern wir:

- das schnellstmögliche Auslaufen aller Direktzahlungen an ausländische Regierungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit
- die Fokussierung auf die Förderung von Programmen zum Wissens- und Technologietransfer, sowie die finanzielle Unterstützung gemeinnütziger Organisationen, vor allem solcher, die einen Schwerpunkt auf eine bessere Bildung, stärkere Frauen- und Mädchenrechte sowie auf eine bessere Gesundheitsversorgung, verstärkt bezüglich der Versorgung mit antiviralen Mitteln zur Bekämpfung von HIV-Infektionen und AIDS-Erkrankungen, legen.
- kurzfristig die Schaffung von Abkommen für Visafreiheit
- langfristig die Schaffung eines Kriterienkataloges für Verhandlung von Abkommen zur Niederlassungs- und Arbeitnehmerfreizügigkeit mit Schwellen und Entwicklungsländern.
- Deutschland muss die von der OECD geforderte Quote für den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen von 0,7% erfüllen. Dabei soll der multilaterale Einsatz mit Fokus auf den ODA-anrechenbaren Anteil im EU-Haushalt steigen.
- Der europäischen Gemeinschaft kommt im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit eine bedeutende Stellung zu. Das Cotonou-Abkommen der EU mit afrikanischen, pazifischen und karibischen (AKP-)Staaten läuft im Jahr 2020 aus und muss unter Ausweitung der Abkommensstaaten fortgeschrieben werden.





WERTE SIND DIE GRUNDLAGE EINER MODERNEN HANDELSPOLITIK

Handel und der Austausch von Wissen und Freizügigkeit sind die wichtigsten Instrumente für die Förderung und Entwicklung von Regionen. Allerdings muss dies auch immer von freiheitlichen und demokratischen Werten untersetzt und begleitet werden. Dafür ist es auch wichtig, Verträge und Abkommen an die Einhaltung bestimmter Grundprinzipien zu koppeln. Abkommen mit Diktatoren, Autokraten und Warlords, die ihre Bevölkerung unterdrücken und ihnen noch nicht einmal die elementaren Menschenrechte zugestehen, sind kontraproduktiv. Konkret fordern wir:

- die Entwicklung eines Kriterienkataloges und Stufensystem für den Handel und Austausch mit anderen Regionen, welches als fester Leitfaden genutzt wird, um den Inhalt und die Reichweite der Handelsbeziehungen zu bestimmen.
- Mit Regierungen, die ihren Bürgern elementare Menschenrechte vorenthalten, sollte grundsätzlich nur dann gehandelt werden, wenn diese im Austausch die Einhaltung der Menschenrechte garantieren und
- die Intensivierung der Zusammenarbeit sollte dann stufenweise an weitere Kriterien wie z.B. die Bekämpfung von Korruption, den Demokratisierungsgrad, den Schutz von Minderheiten, Frauenrechte und die Glaubensfreiheit gekoppelt werden.
- Ausgenommen hiervon sind ausdrücklich humanitäre und zivile Projekte und Zusammenarbeiten, diese sollen unbeachtet von Regierungshandeln weiterverfolgt werden.

